

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Ersteinst täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: **Josef Eich.**
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: **P. A. Schütz.**
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oberer Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Amtliches.

Se. Maj. der Kaiser haben den Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Emmerich in Elberfeld zum kaiserl. Regierungsrath und ständigen Hilfsarbeiter beim Reichseisenbahnamt ernannt.

Se. Majestät der König haben dem Justizrath, Rechtsanwalt und Notar Seiffert zu Groß-Strehly den Rothen Adlerorden 4. Kl. verliehen.

Der Notar Hamman zu Bischweiler ist in seiner Amtseigenschaft als Notar für den Landgerichtsbezirk Straßburg nach Schlichtheim versetzt, und der ehemalige Notar R. L. Kappeler zu Selz zum Notar im Landgerichtsbezirk Straßburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bischweiler ernannt.

Eröffnung des Deutschen Reichstages.

Berlin, 17. November.

Der Reichstag ist heute durch den Reichskanzler im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs mit nachstehender allerhöchster Botschaft eröffnet worden, die der Kanzler verlas:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen, thun kund und fügen hiermit zu wissen: Wir haben, den im vorigen Reichstage kundgegebenen Wünschen entsprechend, dem früheren Brauche entgegen, den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Thätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushaltsetats in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf wird dem Reichstag unverzüglich zugehen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der fortschreitenden finanziellen Entwicklung des Reiches und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstages eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reich zu überweisenden Beträge ist erheblich höher als die Steigerung der Matricularbeiträge. Daß der Gesamtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahr eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahme-Ausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reiches nicht abzuweisen sind.“

Die Einigung, welche mit der freien Stadt Hamburg über die Modalitäten ihres Anschlusses in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet be-

grüßen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß der Reichstag den Abschluß der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vortheile, welche dem Reich und seiner größten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reiches nicht zu theuer erkauft finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung ertheilen wird.

In dem Bestreben, die geschäftlichen Uebelsände zu beseitigen, welche sich aus der Concurrenz der Reichstagsessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage ergeben, hatten die verbündeten Regierungen dem vorigen Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verlängerung der Legislatur- und Budgetperiode des Reiches vorsah, über den aber eine Verständigung nicht hat erreicht werden können. Die geschäftliche Nothlage der Regierungen und die Nothwendigkeit, den Verhandlungen der Gesetzgebenden Körper des Reiches sowohl wie der Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern, veranlaßt die verbündeten Regierungen, der Beschlußnahme des Reichstages wiederum eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Schon im Februar dieses Jahres haben wir unsere Ueberzeugung ausgesprochen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression social-demokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig mit dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgerpflichten seines innern Friedens und des Wohlstandes zu sichern. Die Reichstags- und Einzelstaaten des Reiches, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unsern darauf gerichteten Bestrebungen sind wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellung.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenversicherungswesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge als ihnen bisher hat zu Theil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den

stittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form corporativer Genossenschaften unter staatlichen Schutz und staatlicher Förderung werden, wie wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde.

Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Anwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.

Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirecte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende directe Landessteuern abzusuchen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von andern drückenden directen Abgaben zu entlasten.

Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reiches herbeizuführen beabsichtigen.

Gedurch und demnach durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberflüsse erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden directen Staats- und Gemeindefiscalen in weniger drückende indirecte Reichssteuern. Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiscalischen, sondern auch von reactionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, daß wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gesegnet durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen.

Die Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die erwähnten socialen und politischen Reformen besteht in der Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reiches, für welche bisher genügendes und sicheres Material nicht vorliegt. So weit letzteres im Verwaltungswege beschafft werden kann, wird es in kurzem gesammelt sein; vollständige Unterlagen aber werden nur durch gesetzliche Anordnung, deren Entwurf dem Reichstage zugehen wird, zu gewinnen sein.

Wenn danach auf dem Gebiete der innern Reichseinrichtungen weitreichende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung wir uns vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es uns um so mehr Freude, uns über die Lage unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können. Wenn es in den letzten zehn Jahren, im Widerspruche mit manchen Vorherhersagungen und Befürchtungen, gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fort-

Das Geschlecht der Reichenan.

Novelle von M. Lubloff.

(Fortsetzung.)

Gerhard v. Reichenan hatte rasch gesprochen, gleichsam als wolle er Josef zu seiner vorläufigen Antwort kommen lassen. Da dieser aber gänzlich schweigend, blickte er ihn doch forschend an. Josef wandte jedoch den Kopf hinweg. Er wußte selbst nicht, wie und woher es kam, aber in diesem Augenblicke erlief ihm plötzlich die Erinnerung bei ihm an jenen Abend, der den Wendepunkt seines jungen Lebens gebildet; er sah Gertrud wieder vor sich, wie sie ihr Stübchen weihen wollte ihm reichte. Sie war treu geblieben, sie theilte auch jetzt ihre Mittel mit dem Bruder.

Er ersuchte fast an innerer Bewegung, deshalb klang seine Stimme rau:

„Rein, Schwager Reichenan, das nehme ich nicht an, aber ich danke Euch tausendfach.“

„Die Mühe schenken wir Dir, hingegen nimmst Du das Geld.“

Dies klang fast wie militärischer Befehl. Doch Gertruds gutmüthige Miene schaute bittend drein, indes er hinzusetzte:

„Wofür hätten wir dann gespart?“

„Aber ich kann dies von Dir nicht annehmen,“ beharrte Josef.

„Und warum nicht?“ klang die fast trübe Frage. „Sieh mein Junge — ich bin stolz darauf, einmal Jemanden helfen zu können.“

„Ginst vermochte ich nur zu verschwinden in traurigem Leidsinn und toller Sorglosigkeit. Viel Leid hab' ich damit über die Meinen gebracht.“

„Nun bin ich vernünftiger und hoffentlich auch besser geworden, ich habe selbst das Sparen erlernt, aber die alte Zeit ist unwiederbringlich hin; aus ihr ist Niemand mehr da, dem meine Sparnisse dienlich sein könnten! Die Eltern sind todt, meine Schwester brillant verheiratet, und Rafael gehört zu denen, die in der Armuth reich sind.“

„Weißt Du demnach nicht der Nächste, dem ich helfen darf?“

Gertrud war wahrhaft schön, während er sprach. Trotz seiner feinen immer noch etwas schwächlichen Gestalt erinnerte er jetzt in der Haltung an seinen Vater; etwas von dessen lebenswürdiger Bonhomie spielte gleichfalls in seinem Gesicht, das durch eine leicht gebräunte Farbe auf gekräftigte Gesundheit schließen ließ.

„Er hatte sich ordentlich warm gesprochen und sein Auge ruhte freundlich auf dem jungen Mann.“

„Warum denkst Du nicht an Deine Kinder?“ sagte dieser, ihm den Blick zurückgebend.

„Ah! Die winzigen Buben!“ lachte Gertrud. „Es bleibt noch Zeit genug, denen mein Sparschatz zu beweisen, Aber dies

denke ich gerade für diese die rentabelste Kapital-Anlage zu machen, indem ich dem Erbkonst dazu verhehle, eine berühmte Größe zu werden; als solche magst Du den Kleinen reichliche Zinsen zahlen. Aber Scherz bei Seite — nicht wahr, die Sache ist abgemacht? Du schlägst ein?“

Er hielt Josef die Hand entgegen. Derselbe würde noch geizig haben, hätte nicht in seinem Herzen zu heiß der Wunsch mitgesprochen gerade jetzt von einer Stätte fort zu kommen, wo ihm der Boden unter den Füßen brannte. Das gab den Ausschlag. Er nahm die gebotene Hand an.

„Gut Schwager es gilt. Einst mach ich es wett. Jetzt nehme ich einfach Eure Güte an. Sie öffnet mir die Pforte des ersten Paradieses. Heute in drei Tagen bin ich auf dem Weg nach Italien, den letzten Abend verbringe ich bei Euch in E.“

Gertrud wie Josef es gesagt, führte er auch sein Vorhaben aus. Drei Tage genühten ihm, alle seine Geschäfte zu ordnen, alle etwaigen Verbindlichkeiten zu lösen. Von Freund Leo nahm er „in der Anleihe“ Abschied. Am Edelheim'schen Palais reichte er dem Portier in die Tasche hinein seine Karte für „Madame.“ Den Commerzienrath ignorierte er einfach.

Aber noch ehe die Karte mit den kleinen formellen Buchstaben: p. o. bis zu Isabelle gelangte, hatte Leo die Neugierde von dem unerwarteten Entschluß seines Freundes und dessen seltsamen Wesens mit beibringen. Als er dies nicht ohne Eifer der Mutter erzählte, stand Gertrud dabei. Ihr bleiches Gesicht wurde noch um einen Schatten bleicher, aber sie sagte kein Wort. Die kleine schwächliche Gertrud besaß ein solches Herz. Es wollte sich nicht verrathen. Und doch traf sie das Unerwartete schwer. Sie hatte Josef entlassen — sie hatte von ihm aufgegeben sein wollen — nun er es so leicht that, empfand sie erst, wie sehr sie ihn geliebt und wie groß ihr Opfer war.

Das alltägliche Leben ging rücksichtslos darüber hin und darin lag ein Glück für sie. Sie blieb ihr keine Zeit für sich. Erst als einige Tage später auch Leo's Abreise heranrückte, konnte und durfte sie motivirter Rassen sich ausweinen. Der fröhliche Student war darob ganz touchirt und erklärte feierlich:

„Gut, Lieb — ich habe Dir wahrlich Unrecht gethan. Du hast wirklich nicht die Spur von Anlagen zu einer fashonablen jungen Dame, Du fängst ja noch ganz auf Kinderweise.“

„Na, tröste Dich — Leo kommt bald wieder.“

„Ja, er kam wieder, aber ein Anderer nimmermehr. Dennoch lächelte Gertrud zu seinen Späßen, und er wußte nicht, wie bitter ihre Thränen waren, noch ahnte sie selbst, daß sie bald schon noch viel bitterer würde weinen lernen.“

XVI.

Die Katastrophe.

„And this is the end?“
King Lear.

Nach Leo's Abreise gab es einen entschiedenen Wechsel in dem Edelheim'schen Hause. Das Familienleben, welches der heitere Sinn des jungen Mannes angenehm belebt hatte, verflümmerte ordentlich unter dem raschen Treiben und Drängen gefelligen Verkehrs; denn mit der vorgeschrittenen Herbstzeit waren Geburts- und Gelbarristokratie von ihren Sommerfreuden zurückgeschoben nach der Stadt. Hatte daselbst auch die eigentliche Winteraison noch nicht begonnen, so regte sich doch allenthalben sowohl in den adeligen Kreisen wie in denen der harten Finanzes der Sinn und das Streben nach jenem oberflächlichen Treiben und Treibenlassen eines geschäftigen Nichtsthuns, das denen, welchen ein ernstes Streben abgeht, zur Aufbällung oder richtiger zum Todtschlagen ihrer Zeit Bedürfnis ist.

Niemals hatte sich Commerzienrath Wolfgang Edelheim darin so rastlos lebendig gezeigt als bei dem Beginn dieser Saison. Er wollte der Welt seine herangeblühte Tochter vorstellen und diese sollte die Welt und den ihr darin gebührenden Platz kennen lernen. Die geringe Reizung und Empfänglichkeit, welche Gertrud für jene glänzende Welt des Scheins besaß, reizte ihn ungemein, und desto lebhafter drang er darauf, daß sie kennen und würdigen lerne, was sie in ihrem Unverstand noch nicht verstande.

Um seiner Willensmeinung Nachdruck zu geben, nahm er die Leitung der Tochter in die Hand. Das heißt, er verläugnete seine eigene Bequemlichkeit in soweit, daß er nicht ermangelte, selbst seine Damen in die Gesellschaften zu führen, eine Welle darin den lebenswürdigen Weltmann zu spielen und dann zeitig hinter den Coulissen zu verschwinden in — seinen Club, wo ein anderes Spiel seiner wartete. Dasselbe hatte den noblen Anstrich, dessen Formen und Normen für den Commerzienrath — den Mann der modernen Welt maßgebend waren. Dem äußern Schein genügte er fleißig, und er verlangte jetzt von Gattin und Tochter in dieser Beziehung unbedingte Berücksichtigung seiner Ansichten. Beide sollten in der Gesellschaft glänzen — das brachte ihm Ehre. Seine Anordnungen wurden durch diesen Grund bestimmt, vielleicht hatte er dazu noch einen andern, doch war er in jeder Beziehung ein viel zu geschickter Spieler, um sich in die Karten sehen zu lassen. Den Schein zu retten, dafür konnte er sich selbst überwinden und selbst die Mißstimmung verbergen, welche zeitweise sich seiner bemächtigte. Außerlich blieb er allzeit kühl, glatt und gewandt. Nur seine Untergebenen und die Geschäftskleute kannten sein reizbares, wechselndes Wesen und den rücksichtslosen Druck seiner Macht. Die exclusiv seinen Kreise,

bauer dieser Wohlthat in die Zukunft gestellt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen, welche wir in Gastein mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Rußland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche uns mit den uns so nahe befreundeten Monarchen und Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden.

Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe in voller Uebereinstimmung gerichtet ist. Darauf, daß diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen wir um so sicherer bauen, als auch unsere Beziehungen zu allen andern Mächten die freundlichsten sind. Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat bei allen Völkern einen Beistand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen wir als unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten.

Urkundlich unter Unserer Hochsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Anseignen.

Gegeben Berlin, 17. November 1881.

(L. S.) Wilhelm. Fürst v. Bismarck.

Berlin, 17. Nov. Die Reichstagsöffnung trug diesmal ein ganz außerordentliches Gepräge. Etwa 200 Abgeordnete waren im Reichen Saale erschienen theils in großer Uniform, theils im Straß; die Hofloge blieb leer; in der Diplomatengalerie befanden sich zumest Attaches aller Legationen; später erschienen die Botschafter Oesterreichs und Rußlands, die Gesandten von Schweden, Portugal und andere neben einem zahlreichen Damenkreise. Bald nach 1 Uhr traten von der Schloßstraße in den Saal der Kronprinz, die Prinzen Wilhelm, Heinrich, Friedrich Karl, August von Württemberg und die Prinzen von Dessau mit einem zahlreichen Gefolge hoher Militärs und Staatsbeamten. Etwa 200 Reichstags-Abgeordnete so ziemlich von allen Fraktionen waren anwesend.

Deutschland.

Berlin, 17. Nov. Anknüpfend an die Nachrichten über die Besprechungen des Kanzlers mit Sr. Majestät dem Kaiser über die nun einzuführende Politik kommt der protest. conserv. „Reichsb.“ zu folgendem Resumé:

„Entweder regiert der Kanzler mit den Liberalen oder mit den Conservativen. Ganz abgesehen davon, daß es eine große liberale Partei gar nicht gibt, sondern eine Menge von einzelnen liberalen Fraktionen, die sich aber mehr oder weniger unter sich bekämpfen und die sich nur dann zu einer Regierungspartei vereinigen würden, wenn der Kanzler dem Rathe der „Post“ und des „Berl. Tageblatts“ folgte und alle wirtschaftlichen und sozialen Reformpläne ad acta legte, so daß wir in der That wieder wie vor 1878 zur liberalen Aera zurückkehrten. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Rückkehr angesichts der thatsächlichen Zustände unmöglich ist; zu einer gemeinsamen Reformthätigkeit, welche irgend einen realen Werth hat und nicht bloßes Scheinmandat ist, sind aber die liberalen Parteien nicht zu vereinigen. Es könnte aber nichts Schlimmeres begonnen werden, als Scheinarbeiten, mit denen das Volk getäuscht würde. Wir sehen deshalb gar keine Möglichkeit ab, wie eine Vereinigung des Kanzlers mit einer liberalen Mehrheit zu Stande kommen soll, ohne daß der Kanzler wie vor 1878 zurückkehrt und die Politik Delbrück-Camphausen wieder reactivirt. Die einzige Möglichkeit zu einer positiven praktischen Politik erscheint uns in einem Zusammengehen der

die Wolfgang frequentirte, saßen nur den galanten, sorglosen Gesellschaftsmenschen in ihm.

Fast ein jeder Tag brachte eine neue Unterhaltung. Für die Damen Gesellschaft gab es keine traulichen stillen Familienabende mehr.

Dunkel und still war es an diesem stürmischen Decemberabend in den behaglichen Wohnräumen; kein Laut, kein Ton klang mehr in ihnen, noch in all den anschließenden reichen Prunkgemächern wieder. Auch unten die Comptoirs waren bereits verödet; die fleißigen Arbeiter hatten ihr Tagewerk vollendet, kein schwacher Lichtschimmer fiel mehr durch die mit schweren Eisengittern verschlossenen Läden. Die Schäfte, die dort lagen, sie waren wohl geborgen auch in der tiefen Dunkelheit.

Nur in den weiten Corridors war es hell, und in dem, einer zahlreichen Dienerschaft zugewiesenen Directorium regte sich jene muntere Geschäftigkeit, welche sich gern breit macht in dem Wohlgefühl — die Herrschaft für eine Weile sicher los zu sein!

Dieselbe war zu jener Halle bei dem Finanzrath von Roden gefahren, und Thomas, der eben heimgekommene Kutscher, wußte nicht genug zu berichten, welch Hundewetter draußen herrsche.

Der Commerzienrath befand sich mit Frau und Tochter in den glänzenden Räumen des finanzkräftigen Hauses. Mit Courtoisie genügte er der Anstandsbesuch, wußte aber sehr schnell, sich dem Menschengewoge zu entziehen, um in einem kleinen Spielcabinet aufzutauhen.

Hätte er dort keine Partie nach seinem Geschmack gefunden, so würde er sich eben „einer dringlichen Sache“ halber noch nach dem Club begeben haben. Dort fand er stets einen grünen Tisch bereit und einmal an solchem installirt, kam eine kühle Ruhe über ihn. Er spielte hoch und gewöhnlich mit äußerem Gleichmuth. Ob er gewann oder verlor, sein farbloses, blaßes Gesicht zeigte stets jene vornehme Gleichgültigkeit, die über viel zu hohe Summen verfügt, als daß Gewinn oder Verlust irgend welchen Einfluß zu üben vermöchten.

An Partnern fehlte es dem Commerzienrath Wolfgang Odelheim selten, und auch heute durfte er tieferhalb nicht die Soltee bei v. Rodens verlassen; denn rasch hatte sich eine seine Whistpartie zusammengelesen. Es wurde dabei allerdings nicht so hoch pointirt, als dies im Club üblich war, dafür trugen aber die Spieler Namen, wie sie der Commerzienrath in Zusammenstellung mit dem seinen liebte. Unter solchen Umständen ließ er sich auch ein weniger passionirtes Spiel gefallen und gab selbst ein gelegentliches Blaubein zu. Er schien an diesem Abend sogar angenehm. Aller seinen Toilettenkünste zum Troß sah er etwas matt und flau aus und während seine feinen Hände mit graciler Spielerei die Karten mischten, flogen oft seine Blicke unfähig über Tisch und Mitspieler hinweg nach den in den anstößenden Salons plaudernden und erzählenden Menschengruppen.

(Fortf. folgt.)

Regierung mit den Conservativen und dem Centrum. Auf diese Weise kann es wirklich zu einer erfolgreichen Reformpolitik kommen. Wenn die Liberalen, um diese Möglichkeit zu vergrößern, das Zusammengehen mit dem Centrum einfach als Zusammengehen mit dem Papste denunciren, so liegt die böse Absicht auf der Hand. Die Liberalen, welche den Juden gegenüber von Toleranz überfließen, schämen sich während den Haß zwischen den Protestanten und Katholiken, während sie gleichzeitig die evangelische Kirche durch die Verdrängung ihrer Lehre, ihrer Selbstständigkeit, wie ihre Verdrängung aus Schule und Familie ruiniren helfen. Die Liberalen betolgen die Taktik, die eine Kirche mit der andern todzuschlagen und außerdem jede für sich zu bekämpfen. Für die evangelische Kirche ist der Liberalismus deshalb viel gefährlicher als der Katholicismus, weil er durch seine Presse es zu einer so großen Macht innerhalb des evangelischen Volkes gebracht hat. Diese Presse läßt es zu keinem Zusammengehen von Protestanten und Katholiken kommen, weil sie dann eine Stärkung der christlichen Weltanschauung befürchtet. Daher werden von diesen Judenblättern die Protestanten, die ein solches Zusammengehen anrathen, als Katholikenfreunde und abtrünnige Protestanten verächtlich. Und doch muß ein Zusammengehen von Katholiken und Protestanten in politischen und sozialen Fragen möglich sein bez. möglich gemacht werden, wenn Deutschland überhaupt bestehen und die evangelische Kirche nicht zu jenen den zwei Mischlingen: Katholicismus und Liberalismus zerrieben werden soll. Galtten wir Protestanten stets uns das Herz warm für unsere Kirche und die Augen hell sowohl für das, was auf katholischer wie auf liberaler Seite geschieht; aber bleiben wir fest in der Ueberzeugung, daß das Wohl des Vaterlandes nur da gebaut werden kann, wo man auf die christliche Weltanschauung baut. Dort muß stets unser Platz sein. Wollen das die Liberalen — desto besser; aber daß wir Protestanten ihnen stets die Interessen des Judenthums und des Naturalismus besorgen helfen zum Verderben unseres Vaterlandes — dafür danken wir!“

Von der Nothwendigkeit einer auf christlicher Weltanschauung beruhenden Politik spricht der „Reichsb.“ oft und gern; kämpft auch gegen den Liberalismus auf wirtschaftlichem und religiösem Gebiete stets entschieden, in letzterer Beziehung aber vorzugsweise nur, wenn es sich um die eigene evangelische Kirche handelt. Die katholische Kirche mag seinetwegen vom Liberalismus „zerrieben“ werden; wenn es sich wenigstens um die dahin zielenden „liberalen“ Versuche, die im Culturkampf und in den Märgen niedergelegt sind, handelt, hat er höchstens schöne Worte und keine Thaten; und wenn die katholischen Blätter, gerade so wie der protestantische „Reichsb.“ auf seinem Gebiete, die den Katholiken gebührenden und feierlich garantierten Rechte zurückfordern, hilft die Antwort bei den Conservativen: „Spannt eure Forderungen nicht zu hoch! Das ist die beruhtigste protestantisch-conservative Parität. Auf katholisch-kirchlichem Gebiete ist der preussische Conservatismus leider durchweg „liberal“ und culturkämpferisch. Daher auch die ewigen Anwehruversuche der conservativen Blätter gegen den „liberalen“ nichtsjagenden Vorwurf, die Conservativen wollten sich mit „Rom“ verbinden.“

— Bemerkenswerth ist folgende Aulassung der officiellen „Reichspost“:

„Der Wunsch des Reichskanzlers, eventuell von seinem Amte zurückzutreten, wird vom Kaiser, wenn überhaupt, erst dann berücksichtigt werden können, wenn sich in der That herausstellen sollte, daß die Person des Kanzlers hindernd für eine Verständigung mit dem Centrum ist. Es ist zweifellos, daß der Kaiser den Kanzler autorisirt wird, den Versuch des Zusammengehens der Regierung mit dem Centrum zu bewerkstelligen. Erst wenn sich für den Kanzler die Unmöglichkeit, eine Majorität zu schaffen, herausgestellt hat, ist es an der Zeit, von seinem Rücktritt zu sprechen. Dann aber würde Jedermann einsehen, daß es sich nicht mehr um eine leere Drohung handle, und wer weiß, ob diese Erkenntniß nicht schließlich doch noch das Centrum zur Nachgiebigkeit vermöchte. Der Rücktritt des Reichskanzlers würde, abgesehen von Deutschland, wohl kaum irgendwo so tief empfunden werden, wie in Rom, wo man genau weiß, welche Stütze man in Deutschland für den Fall einer Verständigung haben würde, daß ferner nur die Autorität des Fürsten Bismarck im Stande ist, die öffentliche Meinung mit dem Gedanken an einen Ausbruch mit Rom, der für dieses nicht demüthigend ist, zu versöhnen.“

— Mit verbientem Hohn wird die um Bismarck's Gunst bettende „Köln. Ztg.“ von der „Frei. Ztg.“ überschüttet. Letztere schreibt:

Und wenn sie sich auch die Flügel verbrannt haben, sie liegen doch wieder in die Flamme, die Wäden. So geht es gewissen Liberalen mit dem Fürsten Bismarck. Er drückt sie an die Wand, daß ihnen schier der Athem ausgeht, er läßt ihnen sagen, mit zunehmendem Alter wachse bei ihm der Haß gegen sie — was thut's, er bleibt ihr Licht, ihre Flamme, und sie möchten wieder hineinfliegen. „Versuche der Kanzler einmal“, bettelt die „Köln. Ztg.“, „den Liberalen so weit entgegenzukommen, wie die Conservativen ihm zumuthen, dem Centrum zuzukommen, so wird er finden, daß sich mit den Liberalen auch weiter positiv Nützliches schaffen läßt, daß nur eine Wiedererhöhung der Liberalen mit den gemäßigten Conservativen eine stetige Regierung ermöglicht.“ Der praktische Ausdruck dieses Versuchs, die erniedrigten Liberalen wieder zu erheben, soll nach der „Köln. Ztg.“ ein „Verständigungsministerium“ aus den Reihen der Liberalen sein, durch welches diese betätigt würden, „wie weit sie bereit sind, mit Bismarck die soziale Gesetzgebung anzubahnen bezw. weiterzuführen, unter Umständen auch die idmische Frage zu erledigen, wenigstens praktisch beizulegen.“ Wie man sieht eine Offerte in optima forma, in der nur ein Punkt fehlt. Es ist bekannt, daß sich der Reichskanzler neuerdings ganz besonders die Bekämpfung der „gemeingefährlichen Bestrebungen der Fortschrittspartei“ zur Aufgabe gemacht; es fragt sich also, wie weit die mit Portefeuille etwa bedachten Liberalen bereit sein werden, den Fürsten auch in diesem Kampf zu unterstützen. Oder sollten die Liberalen so naiv sein, zu glauben, der Kanzler habe sich dieser Tage vom Kaiser auch die Genehmigung erbeten, der Logik der durch die Wahlen geschaffenen Lage eventuell auch derart Rechnung zu tragen, daß jene gemeingefährlichen Bestrebungen zum Stillpunkt des Regierungssystems gemacht werden?

— Die Frage der Präsidentenwahl im Reichstage naht heran und beschäftigt schon jetzt die Gemüther. Gradenz kommt bestimmt sich die „Köln. Ztg.“ Obwohl das Centrum die stärkste

Fraction des Reichstags ist und mit Zug die erste Präsidentenstelle beanspruchen könnte, soll es nach den Ansichten der überaus gnädigen „Köln. Ztg.“ die zweite Vizepräsidentenstelle anboten erhalten, und zwar selbst für diese könne am besten nur Reichensperger candidiren, da gegen Frantkelein „doch vielleicht Einige Liberale“ stimmen würden. Die Conservativen sollen dann den Präsidenten, die Liberalen den ersten Vizepräsidenten stellen! Wie gnädig und bescheiden! Man sieht, der Stolz macht dumm und frech. Die Aussichten für die Präsidentenwahl werden übrigens von einem Gewährsmann der „Frei. Ztg.“ wie folgt gezeichnet:

Wie wir hören, beabsichtigen die Conservativen, den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, den Abgeordneten v. Seydewitz, welcher nach dem Rücktritte Jordanbed's während der zweiten Hälfte der Session die Geschäfte des Reichstags geleitet hat, für die Stelle des ersten Präsidenten candidiren zu lassen, da Herr v. Seydewitz wenig Neigung hierfür hat. Das Centrum erklärt sich bereit, in allen Theilen an dem mit den Conservativen abgeschlossenen Compromiß festzuhalten, wonach dasselbe die Wahl Frantkeleins zum ersten Vizepräsidenten fordert und jedem Candidaten für die erste Präsidentenstelle seine Stimme gibt, welcher ihm von den Conservativen präsentiert wird; es wird sich zeigen, ob Herr von Seydewitz, der nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten auf eine Wiederwahl verzichtete, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen geneigt sein wird, das Präsidium zu übernehmen.

— In der heutigen Sitzung des Bundesrathes erstattete der Rechnungs-Ausschuß Bericht über den Gesamtertrag pro 1881—82. Derselbe befaßt sich in Einnahme und Ausgabe auf 607,234,771 M., 13,882,371 M. mehr als im Vorjahr. Die fortwährenden Ausgaben betragen 524,141,792 M., 22,457,885 M. mehr, die einmaligen Ausgaben M. 73,093,974, 8,575,514 M. weniger. An dem Plus der fortwährenden Ausgaben participiren vorzugsweise die Verwaltung des Reichsheeres mit 1,612,153 M., die Marineverwaltung mit 947,530 M., das Reichsschatzamt mit M. 16,856,220 und die Reichsdruck mit 3,100,000 M. Zu dem Minus der einmaligen Ausgaben tragen vorzugsweise bei die Post- und Telegraphenverwaltung mit 6,061,122 M., die Verwaltung des Reichsheeres mit 21,278,802 M. (im vorigen Etat wurden bekanntlich die für die Vermeerung des Heeres erforderlichen Summen im Extraordinarium bewilligt, das jetzt in Fortfall kommt), die Ausgaben in Folge des Krieges gegen Frankreich mit 1,179,962 M. Diesen sehr bedeutenden Ersparnissen steht allerdings ein Plus von M. 1,011,936 bei der Eisenbahnverwaltung, sowie von 12,062,468 M. als Zehntbetrag des Haushalts des Staatsjahres von 1880 bis 1881 und 10,200,000 M. als Betriebsfonds der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für die Reichsdruckerei gegenüber, so daß das Minus der einmaligen Ausgaben sich auf 8,575,514 M. reduziert. Der betreffende Gesetzentwurf enthält außerdem in § 3 die Forderung, daß der Reichskanzler ermächtigt werde, zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichsdruckerei nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 70. Mill. Mark hinaus, Schakanweisungen auszugeben. In einer dem Gesetz beigefügten Denkschrift wird diese Ermächtigung eingehend erläutert; dieselbe schließt damit, daß die Ermächtigung zur Ausgabe von 70 Mill. Mark Schakanweisungen an Stelle der bisherigen 40 Mill. Mark ausreichen werde, um Verlegenheiten im Kasienbetriebe des Reichs vorzubeugen. Außer der bereits erwähnten, der Staatsposition für den deutschen Volkswirtschaftsrath beigegebenen Motivirung wird noch eine besondere Denkschrift hierüber dem Etat beigelegt werden; es wird darin Bezug genommen auf die parlamentarischen Verhandlungen, die in der letzten Session über diesen Gegenstand gepflogen worden sind.

— Freiherr v. Plettenberg hat sich noch nicht beruhigt, sondern auch noch an die „Kreuzzeitg.“ ein Schreiben gerichtet, in welchem sich folgende Sätze finden:

Wenn ich die Worte schrieb: „Ihnen definitiv zum Siege verhelfen können wir nicht; Sie werden das zu würdigen wissen“ — so glaubte ich bei Herrn v. Schorlemer, dem eifrigen Katholiken, das objective Verhältniß dafür voraussetzen zu sollen, daß eine in ihrer großen Mehrheit evangelische Wählerchaft, die bis in die liberalen Kreise hinein fest und bewußt auf ihrem evangelischen Bekenntnisse steht, nicht vertreten sein will durch einen Führer der Partei, die — wenn sie auch eine politische zu sein beansprucht — doch lediglich durch die katholische Confession verbunden ist. Immerhin aber glaubte ich, daß Herr v. Schorlemer als Politiker und Christen die Candidatur des Geb. Rath's Hoffe sympathischer sein müsse als die des Dr. Hammacher.

Dazu bemerkt die „Germania“: Augenscheinlich kommt es Herrn v. Plettenberg nicht einmal mehr zum Bewußtsein, welche eine confessionelle Engbigigkeit und Selbstsucht sich in seinem Vorgehen ausdrückt. Daß die Katholiken dem evangelischen Hoffe, dem Candidaten der Minderzahl, ein Mandat schenken sollen, erscheint ihm politisch und christlich; aber daß er als Politiker und Christ den gläubigen und conservativ gesinnten Katholiken dem Liberalen vorziehen müsse, das ist ihm eine unfassbare Zumuthung.

— Man schreibt der „Germ.“: „Sonderbar! Eine Maianacht im November will das (conservative) D. Tagebl. einführen! Das ist nicht etwa eine von den bekannten „persönlichen Inquisitionen“ abscheulicher Berichterstatter, sondern steht schwarz auf weiß in dem Kirchenzettel des genannten Organs zu lesen.“ Das „Deutsche Tageblatt“ läßt anscheinend seinem Kirchenzettel nicht die nöthige Correctur angedeihen und so hat sich die Angabe über die Maianacht durch sechs Monate fortgeschleppt.

— Bei der durch den Ausfall der Wahlen veränderten Lage konnte man Friedenstauen oder besser „Enten über die tische“ politische Frage längst erwarten. Als solche bezeichnen wir die schon verschiedene Male aufgetauchte, nun in einer römischen Correspondenz der „Kreuz.“ enthaltene Nachricht, daß in einem im Monat December abzustellenden geheimen Consistorium u. A. Erzbischof Melchers von Köln zur Cardinalwürde erhoben werden würde. Ferner meldet die „Post. Ztg.“:

„Eine Privatdepesche aus Rom theilt uns mit, daß nach der „Liberia“ in dem auf den 18. verschobenen Consistorium drei oder vier deutsche Bischöfe, über welche mit dem Vatican durch den Wiener Nuntius Verhandlungen gepflogen worden seien, bezeugt werden sollten. Ist die Nachricht correct, so muß es sich um Freiburg, Fulda, Paderborn und vielleicht Osnabrück handeln. Auch die Anwesenheit des Cardinals Fürsten haben

Isob in Berlin bringt man mit den Ausgleichsverhandlungen mit Rom in Verbindung.

Mit diesen günstigen Nachrichten, die uns natürlich sehr freu lassen — man hat uns ja daran gewöhnt — vergleiche man folgende sehr anmutige Privatdepesche der Fels. Ztg.:

„Ich höre, daß die morgen bei Eröffnung des Reichstags vom Kaiser zu verlesende Thronrede betreffs des Ausfalls der Wahlen eine verständliche Sprache führt, aber in scharfer Weise betont, daß der Staat im kirchlichen Kampfe seine Rechte sich ungeschmälert bewahren werde.“

— Nun, über den letzten Punkt werden wir ja schon heute belehrt werden. Nur ruhig Blut!

Der Minister des Innern hat den Oberpräsidenten eine Verfügung über die Behandlung der Actiengesellschaften in Bezug auf Gemeindeforderungen, Verpflichtung und Gemeindeforderungen zugehen lassen, worin es heißt: „Ich verstehe nicht, daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob den weiteren, auf Grund des Actiengesetzes vom 11. Juni 1870 gebildeten Actiengesellschaften der Charakter einer juristischen Person nach allen Richtungen hin wird beigelegt werden können. Es wurde jedoch bisher davon ausgegangen, daß alle Actiengesellschaften ohne Ausnahme, mögen dieselben vor oder nach Erlass des bezeichneten Gesetzes vom 11. Juni 1870 gegründet worden sein, im Sinne der §§ 4 Abs. 3 und 8 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 hinsichtlich der Gemeindeforderungen-Verpflichtung und des Gemeindeforderungen-Verhältnisses den juristischen Personen gleichzustellen sind. Diese Auffassung, welche der aus der Entstehungsgeschichte der bezeichneten Gesetzesbestimmungen ersichtlichen Tendenz derselben entspricht, wird im Verwaltungswege bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung dieser Frage auch ferner festgehalten sein.“

Nach einer Verfügung des Ministers des Innern treten, insoweit bei dem Geschäftsbetriebe von Consumvereinen ein Verkauf von Branntwein oder Spiritus in Frage kommt, die Vorschriften des § 33 der Reichsgewerbe-Ordnung in Anwendung und es dürfen mithin Mengen unter einem halben Anker (17,775 Liter) nur auf Grund einer besondern Erlaubnis (Concession) abgegeben werden.

Der Polizeipräsident von Königsberg Devenz hat den dortigen Oberbürgermeister Selke bei der Regierung verklagt und zwar wegen Wahlbeeinflussung, die er gegen städtische Nachwähler und Karrenleute geübt haben soll. Herr Selke bezeichnet die Behauptung als absolut falsch und der Korrespondent der „Frl. Ztg.“ bestätigt, daß sie falsch sei.

Weglar, 14. Nov. Aus der Stichwahl zwischen Prinz Solms (Cons.) und Walschmidt (Nl.) ist ersterer siegreich hervorgegangen. Den Ausschlag zu seinen Gunsten gab, da die Stimmen im Kreise Weglar und den acht zum Wahlbezirk gehörigen Gemeinden des Hinterlandkreises fast gleichmäßig auf beide Candidaten fielen, der Kreis Altenkirchen mit 5259 gegen 3252 Stimmen. Bei der Stichwahl hat nach der „Frl. Ztg.“ Prinz Solms sämtliche Stimmen der Centrumpartei, gewiß 4500 an der Zahl, erhalten und also diesen den Sieg zu verdanken. Derselbe hat am 22. v. M. dem Pörrer und Landtagsabgeordneten Steinbusch zu Wissen die schriftliche Erklärung gegeben, daß er, vorkommenden Falls für Aufhebung der Waigesehe stimmen und eintreten werde, auch sonst Alles auszubieten vor habe, was zur Befriedigung des Culturtampfes wünschenswert ist.

Bodum, 16. Nov. Herr v. Schorlemer-Alst hat in folgendem Schreiben die auf ihn gefallene Wahl zum Reichstage angenommen:

An meine Wähler im Wahlkreise Bodum! Sie haben am 8. v. Mts. in einem Wahlkampf, der Ihre Gesinnungstreue, Ausdauer und Ihren Mut zu höchsten Ehren gereicht, mich zum Reichstags-Abgeordneten für den Wahlkreis Bodum gewählt. Ich nehme diese Wahl mit innigem Danke für das mir erwiesene Vertrauen an. Nicht ohne ein tiefes Schmerzlich Gefühl trenne ich mich damit von meinem alten Wahlkreise Abauß-Steinfurt-Tecklenburg, dessen Abgeordneter zu sein ich die Ehre hatte, so lange ich dem Reichstage angehöre. Aber mit Genugthuung und Freude, auch, wie ich weiß, unter voller Zustimmung meines alten Wahlkreises, übernehme ich die Vertretung des industriell wie landwirtschaftlich so hervorragenden Kreises Bodum. Ich hoffe zu Gott, daß er mir die Kraft gibt, den Erwartungen meiner Wähler zu entsprechen. Es ist mein erster und redlicher Wille, die hochbedeutenden Interessen des Kreises Bodum immer und überall wahrzunehmen und zu fördern; insbesondere dem Wohle des so zahlreich in demselben vertretenen Handwerker- und Arbeiterstandes meine ganze Sorgfalt zu widmen. Jetzt, wo die Wahl getätigt ist und ich mit dem Wahlkreise Bodum für die Legislaturperiode als dessen Abgeordneter auf's Innigste verbunden bin, gibt es dort für mich keinen politischen Gegner mehr. Ich habe nur den einen Wunsch: allen meinen Mitbürgern im Wahlkreise nach besten Kräften zu dienen. Gewähren Sie mir dazu Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen, so auch für das Wohl des Kreises Bodum.

Alst, den 15. November 1881.

Dr. Freiherr von Schorlemer-Alst, Reichstags-Abgeordneter.

England.

Dublin, 17. Nov. Gestern Abend fand eine Dynamit-Explosion statt an Bord des Dampfers „Severn“, der von Bristol nach Glasgow unterwegs war. 9 Mann wurden getötet, 43 schwer verletzt. Der Dampfer wurde mit zertrümmerten Verdeck nach Kingston bught.

Rheinland-Westfalen.

Biersen, 16. Nov. Gestern und heute wurden hier, der „Frl. Ztg.“ zufolge, die Stadtratswahlen für die dritte Abtheilung unter sehr schwacher Theilnahme vollzogen. Von 1233 Wählern haben circa 230, gleich 18%, ihr Wahlrecht ausgeübt. Es erhielten von 766 abgegebenen gültigen Stimmen die Herren Ant. Dohrenbusch 218, Anton Giesen jr. 211 und C. J. Didopi 209 Stimmen. Die Gewählten waren die Candidaten der Centrumpartei. Gegen-Candidaten waren nicht aufgestellt.

Erkrath, 16. Nov. Heute fand hier, den „D. Bbl.“ zufolge, unter sehr großer Theilnahme die Gemeinderatswahl statt. In der 3. und 2. Klasse siegten die Katholiken, in der 1.

Klasse stimmte die Minorität der Katholiken für die bessergerathenen aus den Liberalen.

Oberhausen, 14. Nov. Laut „Frl. Ztg.“ ist durch Rescript der Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten vom 27. v. M. auf den Antrag des Rectors Schmittmann resp. des Comite's und auf Betreiben des Bürgermeisters auf Grund des Art. 6 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 genehmigt worden, daß in Oberhausen zum Zweck der häuslichen Krankenpflege eine neue Niederlassung der Genossenschaft der armen Dienstmägde Christi aus dem Mutterhause zu Dernbach errichtet werde.

Essen, 16. Nov. Die „Frl. Ztg.“ ist durch Herrn Geh. Commerzienrath Krupp zu der Erklärung ermächtigt, daß die in den letzten Tagen durch die Zeitungen verbreiteten Gerüchte wegen Umwandlung des Stabliniments Fried. Krupp in Essen in ein Actien-Unternehmen vollständig aus der Luft gegriffen sind und jedes tatsächliche Anhalts haben.

Essen, 13. Nov. Die hiesigen sieben Schiedsmänner haben beim Stadtverordneten-Collegium einen Antrag auf Ueberweisung eines Amtsstoffs oder Bewilligung einer Miethsentschädigung eingereicht, den sie damit motiviren, daß sie sich als Beamte ansehen und die bisherige Einrichtung, ein Zimmer der eigenen Wohnung als Amtsstoff zu benutzen, viele Unzulänglichkeiten herbeiführe. Da nach den bezüglich Bestimmungen der Schiedsmänner-Ordnung das Schiedsmänneramt als ein Ehrenamt zu betrachten, andererseits aber die Gemeinde verpflichtet ist, die sachlichen Kosten für diese Aemter zu tragen, so beschloß das Stadtverordneten-Collegium in seiner letzten Sitzung, den Antrag auf Miethsentschädigung abzulehnen und statt dessen einen geeigneten Raum für diesen Zweck im Amtshause zur Verfügung zu stellen.

Berge-Verbeck, 15. Nov. Ein schrecklicher Unglücksfall, durch welchen eine hiesige achtungswerthe Familie in tiefe Trauer versetzt worden ist, hat sich heute Nachmittag gegen 3 Uhr auf der Köln-Mindener Bahn ereignet. Ein Knabe von 4 Jahren, Sohn eines Zeichenschneiders, hatte sich am Uebergang bei Bede Carolus Magnus II. unter der geschlossenen Barriere durchgedrängt und wurde von einer herannahenden Locomotive erfaßt und in buchstäblichem Sinne zermalmt. Wie wir hören, trifft die dienstthuenden Bahnbearbeiter keine Schuld; dieselben sind vielmehr als durchaus pflichtgetreu bekannt, und trotz der großen Gefährlichkeit dieses Uebergangs ist seit 13 Jahren hier kein Unfall vorgekommen, obgleich derselbe täglich von mehr als tausend Schulkindern passiert wird.

Köln, 17. Nov. Hr. Oberbürgermeister Dr. Veder ist der „Frl. Ztg.“ zufolge, folgendes, vom Minister der öffentlichen Arbeiten, Maybach, und dem Vertreter des Ministers im Handelsministerium, v. Böttcher, unterzeichnetes Schreiben betr. die Erbauung einer zweiten festen Rheinbrücke zugegangen: „Auf die Namens der dortigen Stadtverordneten-Versammlung an mich, den unterzeichneten Minister der öffentlichen Arbeiten, gerichtete Vorstellung vom 13. Februar erwidern wir Hr. Veder, nachfolgend, daß die Erbauung einer zweiten festen Rheinbrücke zwischen Köln und Deutz an Stelle der dortigen Schiffbrücke auch unter Berücksichtigung der erwünschten Erleichterung des Verkehrs, als ein Project als Privat-Unternehmen zur Ausführung zu bringen, dann daher, sofern die Unternehmer ausreichende Garantien bieten und den im öffentlichen Verkehrs-Interesse an die Einrichtung der zu erbauenden neuen Brücke zu stellenden Anforderungen sich zu unterwerfen bereit sind, auf thunlichste Unterstützung von Seiten der königlichen Staatsregierung rechnen. Insbesondere würden, so weit zu überlegen, unter Berücksichtigung eines allerhöchsten Privilegiums für die Unternehmer zur Erhebung eines der Kosten der Herstellung und Unterhaltung der zu errichtenden Brücke angemessenen Brückengeldes Bedenken nicht entgegenstehen. Wir bemerken indessen ausdrücklich, daß die königliche Staatsregierung auch im Falle der etwaigen demnachstigen Verleihung eines solchen Privilegiums nicht anstehen wird, mit der im Interesse der Entlastung des Verkehrs bereits seit längerer Zeit in's Auge gefaßten allmählichen Verabreichung und späteren gänzlichen Beilegung des auf der bestehenden festen Rheinbrücke zur Zeit erhobenen Brückengeldes vorzugehen.“

Köln, 16. Nov. Da die Villette der Eisenbahnpassagiere nicht mehr während der Fahrt coupirt werden sollen, sondern im Bahnhof, ist seit gestern zur Entlastung des hiesigen Personals die Einrichtung getroffen worden, daß nur solchen Personen der Zutritt gestattet wird, welche eine Legitimationskarte oder ein Fahrbillet gelöst haben. Letztere sind abhalten, nur durch den Wortschall den Betron zu betreten. — Vor einigen Tagen geriet, wie der „Frl. Ztg.“ mittheilt, ein Arbeiter in der Eintrachtstraße in eine furchtbare Situation. Er wollte flücht in einen jogen. Krampen aufhängen, wobei er auf der Erhöhung ausglitt und mit dem Kopfe in den eisernen Haken fiel. Dieser drang in den Knochen der Augenhöhle. Als man den Mann aus seiner schrecklichen Lage befreite, wurde er sofort in's Bürgerhospital gebracht. Ob das Auge erhalten werden kann, steht noch nicht fest.

Schweizer, 16. Nov. Die Notiz betreffend den Unglücksfall auf Schwäizer-Bühnen ist, wie der „Frl. Ztg.“ von kompetenter Seite mitgetheilt wird, unrichtig. Es sind bloß vier (nicht fünf) Arbeiter gestorben. Seit acht Tagen ist kein Todesfall mehr vorgekommen, und nach ärztlichen Gutachten ist die Wiedergenesung der sämtlichen noch Daniederliegenden zu erhoffen.

Montjoie, 15. Nov. Bei der Stadtratswahl haben die Candidaten des Centrums in der dritten und der zweiten Klasse glänzend gekämpft.

Trier, 15. Nov. Gestern spendete der hochw. Hr. Bischof in der Domkirche für die (fünf) Pfarreien der Stadt und jene der nahen Vororte St. Paulin und St. Mathias das h. Sacrament der Firmung. Diese Firmung umfaßte die zwei Jahrgänge 1879 und 1880, so daß die Zahl der Firmirten von der „Frl. Ztg.“ auf 1100 Köpfe geschätzt wird. Die letzte Firmung in der Domkirche hat im Jahre 1875 durch den hochw. Bischof Hr. Gerhards stattgefunden, worauf für die diesseitigen Pfarreien im Großherzogthum Luxemburg, zuletzt zu Walserbühl, gestimmt wurde.

Gelsenkirchen, 14. Nov. Zu dem Siege des Centrums im hiesigen Kreise (Bodum) schreibt die „Frl. Ztg.“: „Mit einer beispiellosen Gefügigkeit, welche an die schlimmsten Zeiten des Culturkampfes erinnerte, betrieb die hiesige Partei ihre Agitation. Fast überflüssig es uns, in den Abg. und von Gemeinheit berniederzukeigen, der im vergangenen Wahlkampf aufgedeckt worden ist. Wäre es doch ein hiesiges Blatt, einen Anruf an seine Parteigenossen abzugeben, in welchem

schlankweg erklärt war, v. Schorlemer-Alst habe gegen das Unfallsversicherungs-Gesetz gestimmt, obgleich dasselbe Blatt in derselben Nummer an anderer Stelle zugeben muß, daß in wirtschaftlichen Fragen Dr. Schorlemer und Schorlemer auf ziemlich gleichem Standpunkte stehen. Daß v. Schorlemer in demselben Aufsatze ein „Dunkelmännchen“ genannt wird, ein „ehrlöcherlicher Berleumder“ reißt sich dem ebenbürtig an. Daß der Officier, der im Dienste des Königs 1848 seinen Degen für die Niederwerfung der Revolutionäre gezogen, als andere Männer bekannten Andenkens ihre politischen „Ehrenzeichen“ auf den Barrikaden erworben, das verschweigt das Blatt, weiß aber mit Empfindung darauf hin, daß im Jahre 1866 der westfälische Adel in Münster für österreichische Verwundete collectirt habe. Hat denn vielleicht die Gesellschaft des weißen Kreuzes, die unter kaiserlicher Protection steht, im Jahre 1870—71 die französischen Verwundeten weniger liebevoll gepflegt, als die deutschen? Doch wozu verteidigen, was nur eingeleitete Bosheit anklagen kann? Man hat die Juden angestrichelt, gegen Schorlemer zu stimmen, dessen Partei die Judenbeziehung von jeher mit Eifer betrieben habe. Und doch weiß Jeder, daß in den fünfziger Jahren die katholische Fraktion sich mit aller Energie für die Gleichberechtigung der Juden verwardt hat, und daß bei der letzten Judenbeziehung im Reichstage scharfe Worte der Verurtheilung von Seiten des Centrums gegen diejenigen gefallen sind, welche den Juden ihre verfassungsmäßigen Rechte verkümmern wollten.“

Dortmund, 15. Nov. Herr Lenzmann hat die auf ihn gefallene Wahl für den Kreis Atona-Ferlohna angenommen, so daß demnach für unsern Wahlkreis eine Neuwahl wird stattfinden müssen. Nach der „Frl. Ztg.“ dürfte sich Herr Lenzmann bei seiner Entscheidung von dem Umstande haben leiten lassen, daß die in Dortmund gethätigte Wahl wegen der im ersten Wahlgange vorgekommenen Unregelmäßigkeiten ansehnlicher erscheint, und daß es sehr gut möglich ist, daß bei einer Neuwahl in Dortmund nicht ein Fortschrittler, sondern ein Centrumsmann mit Berger in die engere Wahl kommt.

Serford, 16. Nov. Am 8. d. hat hier Hr. Dr. Mosler, altkatholischer Pastor aus Constanz am Bodensee, Hochzeit gefeiert. Die Trauung geschah in der Behausung der Braut. Ein altkatholischer geistlicher Freund vollzog den Act. Man nimmt an, daß keiner von den protestantischen hiesigen Predigern es gethan haben würde.

Wissen bei Weeze, 15. Nov. Bei der am Freitag hier im Jagdrevier Hülm abgehaltenen Treibjagd wurde ein schnee-weißer großer Hase geschossen, welcher dazu noch schwarze Ohren und einen schwarzen Streifen über dem Rücken hatte; gewiß eine große Seltenheit. Derselbe war dem „Geld. Bbl.“ zufolge schon längere Zeit daselbst gesehen worden.

Naderborn, 16. Nov. Gestern wurden laut dem „Westf. Bbl.“ in der Kapelle des hiesigen Mutterhauses durch den hochwürdigsten Herrn Weihbischof Dr. Joseph Freusberg wieder sechs Jungfrauen als barmherzige Schwestern eingeleitet, und gleichzeitig neun Novizinnen zur Ablegung der hl. Ordensgelübde zugelassen.

Bermischtes.

Berlin. Ein Vergiftungsfall, der auch weiteren Kreisen zur Warnung gereichen dürfte, wird der „Frl. Ztg.“ als vollkommen verbürgt mitgetheilt. Zwei junge Damen, die sich seit Kurzem bei einer am Planufer wohnenden Beamtenfamilie vorübergehend zum Besuch aufhielten, erkrankten Ende vergangener Woche unter so verdächtigen Symptomen, daß eine Vergiftung vermuthet wurde. Der hinzugerufene Arzt constatirte, daß die Damen durch den Genuß von sogenanntem „Wurstgift“, von dem noch ein Theil in einem vorhandenen Wurstrest vorgefunden wurde, erkrankt seien. Durch rechtzeitig eingegebenes Gegengift und durch die Operation des Magenpumpens gelang es dem Arzte, noch glücklich beide Patientinnen dem sicheren Tode zu entreißen.

Eine Vergiftung durch Thee wurde dieser Tage in Berlin constatirt. Eine junge, allerdings nervös reizbare Dame bereitete sich Thee und schüttete in die kleine Kanne einen Löffel voll schwarzen Soudou-Thee, ohne zu wissen, daß noch ein guter Rest aufgebrauchter Theeblätter darin war. Von dem fast bräunlichen Thee-Extrakt trank sie zwei mittelgroße Tassen und bekam danach ein heftiges Herzschlagen mit unfählichem Angstgefühl, Schweißgüssen, kaltem Schweiß, Kopfschmerz u. bis zur Ohnmacht. Der Arzt ordnete sofort Mittel gegen die Gefahr der Herzlähmung an, die über eine Stunde dauerte. Ein zum Trinken fertiger Thee darf höchstens die Farbe von hellem Bernstein haben, wenn er wohlthätig anregen soll. Ueber die betäubende Wirkung des concentrirten Thees wird man nicht erstaunen, wenn man erfährt, daß die Arbeiter in China beim Durchtrinken der heißen oder halbwelken Theeblätter häufig von Ohnmachten und Convulsionen befallen werden.

Zur Verbesserung des Petroleums soll es, nach Angabe der „Frl. Ztg.“ ein einfaches Mittel geben. Man braucht nur in das Bassin der Lampen, je nach der Größe, einen Thee oder Glühöl voll gewöhnlichen Kochsals zu thun; das Petroleum brennt dann klarer und heller. Das Salz kann das ganze Jahr über im Bassin bleiben. Bei Einkauf in Kannen oder Fässern kann man gleich eine Hand oder einige Hände voll Salz in diese Gefäße thun; das Petroleum reinigt sich dadurch von selbst und thut seine Dienste viel besser. „Dies ist um so wichtiger (sagt das genannte Blatt), als Petroleum, je unreiner, auch desto explosibler, also gefährlicher ist.“

Fruchtpreise zu Neuk am 18. November.

Beizen	1. Qual.	25 40	2. Qual.	17 20
neuer	2. „	23 40	neuer 1. Qual.	15 50
			2. „	14 —
Landroggen	1. Qual.	21 60	Rüben (Koeel)	26 50
(neuer)	2. „	20 60	Raps	28 —
Winter-Gerste	—	—	Kartoffeln	5 —
Buchweizen 1. Qual.	—	—	Hen	12 —
2. „	—	—	Roggenstroh per Schock	—
			à 600 Kilo	50 —
Preise unverändert.				
Rübsöl per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr.				61 —
Rübsöl per 100 Kilo faßweise				63 —
Gereinigttes Oel per 100 Kilo 3. — M. höher als Rübsöl				—
Preßsaft per 1000 Kilo				150 —
Beizen-Vorwusch 00 per 100 Kilo				—
Reizen per 50 Kilo				6 —
Rübsöl und Reizen unverändert.				

